

---

## FORUM: Die Arbeit und ihre Zukunft

---



### Ulrich Beck: Die Seele der Demokratie Wie wir Bürgerarbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren können

*Prof. Dr. Ulrich Beck, geb. 1944 in Stolp/Pommern, Studium der Soziologie, Philosophie, Psychologie und der Politischen Wissenschaft in Freiburg und München, lehrt Soziologie an der Universität München.*

---

Die Zukunft der Arbeit, sagt der Herr von BMW, sieht, auf unser Unternehmen bezogen, folgendermaßen aus: Er zeichnet, beginnend bei 1970, eine abfallende Linie, die um das Jahr 2000 bei Null endet. So ist das natürlich übertrieben, und so können wir das auch in der Öffentlichkeit nicht darstellen, fügt er hinzu. Aber die Produktivität steigt in einem Ausmaß, dass wir mit immer weniger Arbeit immer mehr Autos herstellen können. Um den Beschäftigungsstand auch nur zu halten, müssen die Märkte enorm expandieren. Nur wenn wir in alle Winkel der Welt BMWs verkaufen, besteht überhaupt eine Chance, die vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern.

Wir müssen uns endlich reinen Wein einschenken: es gibt kein Zurück zur Vollbeschäftigung. Die Unternehmen brauchen nur einen Bruchteil der Jobs, um ein Vielfaches herzustellen. Zugleich haben wir – was oft vergessen wird – immer mehr Arbeitswillige, Arbeitsuchende. Frauen, Jugendliche, Studenten, sogar Rentner drängen in die Erwerbsarbeit. Das Zusammentreffen beider Großtrends – Erwerbsarbeit wird produktiver, schrumpft und wird vielstimmiger nachgefragt – macht das grundsätzliche Dilemma einer Gesellschaft aus, in der bezahlte Arbeit, und nur diese, das Nadelöhr ist, um alles, was sie verspricht, zu erreichen: Wohlstand, soziale Sicherheit, Ansehen und Identität.

Wer in dieser Situation der Ungewissheit („Zweite Moderne“) nur auf ein Dienstleistungswunder setzt, um die Fiktion der Vollbeschäftigung zu retten, handelt grob fahrlässig, gleichgültig, ob er in Wissenschaft, Politik oder Wirtschaft Verantwortung trägt. Gewiss, niemand kennt die Zukunft, und es muss alles getan werden, damit möglichst viele neue Arbeitsplätze entstehen. Zugleich müssen wir uns aber auch endlich der Wirklichkeit, das heißt der Frage stellen: Was beginnt jenseits der Erwerbsarbeit? Meine Antwort: Wenn es gut geht und wir es wollen - Bürgerarbeit. Das hieße, die Chance der Krise ergreifen.

Bürgerarbeit meint: Nichtmarktgängige, gemeinwohlorientierte Tätigkeitsfelder können und müssen erschlossen und zu einem neuen, sozial ver-

führerischen Zentrum gesellschaftlicher Aktivität gebündelt werden. Warum nicht Themen wie Bildung, Umwelt, Gesundheit, Sterbehilfe, Betreuung von Obdachlosen, Asylbewerbern, Lernschwachen sowie Kunst und Kultur zum Gegenstand selbstorganisierter, grundfinanzierter Bürgerarbeit unter der Regie eines „Gemeinwohlunternehmers“ machen? Was könnte schief gehen? Am Ende könnte Bürgerarbeit dann Städte bewohnbarer, die aufgewandte Energie effizienter, die Kultur bunter, die Demokratie lebendiger machen. Ist es nicht lächerlich, dass die Wohlfahrtsstaaten Europas massenhafte Arbeitslosigkeit, die unfreiwillige Untätigkeit mehrerer Millionen Menschen mit Milliardenbeträgen finanzieren - und diese Zahlungen sogar an das Versprechen der Untätigkeit knüpfen! -, während allen Bürgern notwendige und sinnvolle Zukunftsaufgaben auf den Nägeln brennen, die niemand aufgreift?

Zugleich ist Bürgerarbeit nicht mehr nur Arbeit, sondern auch schon Nichtarbeit, nämlich gemeinsames politisches Handeln. Bürgerarbeit ist sozusagen eine dosierte Entzugstherapie für die arbeitsdrogenabhängige Gesellschaft. Denn hier wird im fließenden Übergang auch Nichtarbeit in Gestalt von freiem politischem Handeln ein- und ausgeübt.

Es geht also nicht nur um Beschäftigungstherapie für Arbeitslose. Es geht vor allem um den Ausbau einer engagierten Bürgergesellschaft, die sich um öffentliche Angelegenheiten kümmert und mit ihren Initiativen das Gemeinwesen belebt. Dem Schreckgespenst der Arbeitsgesellschaft ohne Arbeit soll eine Vision entgegengestellt werden, die das, was im ungebrochenen Paradigma der Vollerwerbsgesellschaft als „Krise“ und „Katastrophe“ erscheint, als historische Chance begreift und nutzt, gemäß dem Motto: Bürgerengagement statt Arbeitslosigkeit finanzieren!

Bürgerarbeit meint nicht Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger (wie sie in Deutschland in der „guten alten“ Verwechslung von Engagement mit staatlich erzwungenem Engagement jetzt wieder eingeführt wird); nicht den zweiten Arbeitsmarkt, Schwarzarbeit oder Zivildienst, sondern freiwilliges soziales Engagement. Bürgerarbeit ist eine selbstorganisierte Arbeitsform, sie wird projektgebunden und zeitlich begrenzt unter der Regie eines Gemeinwohlunternehmers von der Kommune autorisiert. Mit einem „Ausschuss für Bürgerarbeit“ berät er sich, gemeinsam schreiben sie die Stellen aus. Bürgerarbeit wird nicht entlohnt, aber belohnt. Und zwar immateriell, zum Beispiel durch den Erwerb von Qualifikationen, durch Ehrungen oder das Anerkennen von Rentenansprüchen und Sozialzeiten.

Jene erhalten ein Bürgergeld, die existentiell darauf angewiesen sind. Die Maßstäbe sind die gleichen wie bei der Sozialhilfe. Deshalb kann das erforderliche Geld aus den Haushalten der Sozialhilfe, gegebenenfalls der Arbeitslosenhilfe entnommen werden. Die Empfänger erhalten dann allerdings ein Bürgergeld, das sie für das Gemeinwohl tätig sind.

Ist das nicht purer Idealismus? Nein. Die Sozialwissenschaftler Rolf Heinze und Heiner Keupp haben in einem Gutachten aufgedeckt, dass es in

Deutschland ein relevantes Potential bürgergesellschaftlichen Engagements jenseits der klassischen Ehrenamtlichkeit gibt. Dieses „freiflottierende Potential“ kann nicht mehr von Vereinen, Kirchen, Parteien, Wohlfahrtsverbänden erschlossen und gebunden werden. Es bedarf in der „Kultur des eigenen Lebens“ neuer Kristallisationsmöglichkeiten, einer neuen Mobilisierungsfigur, wo auch die „Kinder der Freiheit“ ihr scheinbar „egoistisches“ Sozialengagement erproben können.

Das öffentliche Lamento über Werteverfall und Egoesellschaft ist nämlich grundfalsch. Es verdeckt: 1994 war fast ein Drittel der westdeutschen Bevölkerung – das sind rund sechzehn Millionen Menschen – ehrenamtlich engagiert. 1985 waren es fünf Prozent weniger. Bemerkenswert scheint mir: Die Bereitschaft zu solchem Engagement nimmt in allen Altersklassen zu. Mit der Individualisierung der Gesellschaft ändert sich allerdings das Profil des Engagements: Es ist nicht mehr dauerhaft und „selbstlos“, sondern zeitlich und projektgebunden; erwünscht sind Aufgaben, mit denen der tätig werdende sich identifizieren kann. Was sich auszuschließen scheint, Egoismus und Altruismus, verbindet und mischt sich neu. Entsprechend werden biographische „Schnittstellen“ und Übergänge wichtiger. Also: Jugendliche vor der Berufsausbildung, Mütter nach der Erziehungsphase, ältere Menschen im Übergang in den Rentenstand.

Schon jetzt gibt es Seniorengemeinschaften, Tauschringe, Freiwilligenagenturen oder die Aids-Hilfe. Gewünscht wird eine Aufwertung im Sinne einer Art „Professionalisierung“ der eben oft auch verstaubten Ehrenämter. Nicht dass Diplome eingeführt werden sollten (etwa die „große Meisterprüfung“ für das Ehrenamt); aber viele brauchen klare Aufgaben, kooperative Betreuung, Einarbeitungszeiten, um sinnvoll tätig zu werden. So könnte Bürgerarbeit auch attraktiv werden für Berufstätige - sei es im Sinne eines sabbaticals, sei es in Form von Kombinationen zwischen Erwerbs- und Bürgerarbeit. An die Stelle des Monopols der Erwerbsarbeit träte eine plurale Tätigkeitsgesellschaft, in der im Grenzfall alle (in verschiedenen lebenszeitlichen Rhythmen) zwischen Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Bürgerarbeit wechseln.

Aus meiner Sicht steht fest: Wer den Wohlfahrtsstaat retten will, muss ihn verändern. Die Frage ist bloß, wie? Man kann die Last nicht auf die Familien abschieben, schon deswegen nicht, weil sie sich selbst in einem dramatischen Wandel befinden. Die Konsequenz heißt: Der Schlüssel zu einer neuen Qualität von Wohlfahrt muss eben aus einem dritten Bereich kommen - dem gesellschaftlich aufgewerteten und in neue Rollen gefassten Freiwilligensektor. Es sind Erprobungsformen kooperativen Bürgersinns nötig, die herausfinden, wie man Individualität und Sozialsinn neu aufeinander abstimmen und die Kluft zwischen Familien und dem Staat überbrücken kann.

Die Frage bleibt: Wie organisiert man Spontaneität? Alle rufen nach Kreativität, Innovation, Selbstverantwortlichkeit. Aber niemand weiß, wie diese neuen, großen, zunächst auch leeren Worte umzusetzen sind. Eine Schlüsselidee des Modells Bürgerarbeit ist es, das Unternehmerische mit der Arbeit für

das Gemeinwohl zu verbinden: der Gemeinwohlunternehmer. Nur um die Hochzeit der Gegensätze zu kennzeichnen (nicht um einzuschüchtern), könnte man der Sozialfigur nach von einer Verbindung zwischen Mutter Theresa und Bill Gates sprechen.

Ich stelle mir Gemeinwohlunternehmer wie Menschen von nebenan vor, als „charismatische Nachbarn“. Sie können Geschichten erzählen, Menschen miteinander ins Gespräch bringen und sie so verführen, etwas zu tun, was sie ansonsten vielleicht gar nicht erwogen hätten. Gemeinwohlunternehmer sind - wie eine Studie von Charles Leadbeater („The Rise of the Social Entrepreneur“, London 1997) aus Großbritannien zeigt - im alltäglichen Sinne „pragmatische Utopisten“ oder „visionäre Pragmatiker“. Sie verfolgen eine Idee, verstehen aber zugleich, diese in einer Politik der kleinen Schritte umzusetzen. Sie sind pfiffig und findig darin, soziales Kapital zu schaffen und zu nutzen: Sie stellen Beziehungen her, knüpfen soziale Netzwerke, stiften Vertrauen und Kooperation. So verschaffen sie sich auch Zugang zu finanziellem Kapital. Die Netzwerke, die sie pflegen, sind also durchaus auch in Geld zu verwandeln. Um nicht zu idealisieren: Alles dies macht sie auch leicht bürokratie- und hierarchieuntauglich. Ihre Initiativen widersprechen oft dem, was in Politik und Verwaltung als „machbar“ gilt. Und das ist gut so.

Gemeinwohlunternehmer sind zugleich Gemeinde- und Gemeinschaftsunternehmer. Sie beleben die lokalen, aber auch translokalen, transnationalen Biotope der Gesellschaft. Schließlich stelle ich sie mir als Freiwilligenunternehmer vor. Sie leisten das, was viele Menschen offenbar benötigen, um aktiv zu werden: Sie rufen zur freiwilligen Mitarbeit auf. Und sie wählen aus, betreuen, beraten, motivieren, begleiten, sie „professionalisieren“ also. Alle diese Eigenschaften machen sie zu Antibürokraten. Sie hassen Vorschriften und wissen, wie man sie umgeht.

Wie die britischen Erfahrungen zeigen, haben solche Projekte oft größere Erfolge als Staatsprojekte. Und die Kosten sind geringer. Sie sind weniger bürokratisch, viel flexibler. Mit dem Stamm der Freiwilligen verfügen sie über eine Art Engagement, das nur schwer oder gar nicht kaufbar oder bezahlbar ist.

Viele werden fragen: Wo findet man solche charismatischen Nachbarn? Welche Ausbildung müssten sie genossen haben? Solche Fragen werden in dem „Ausschuss für Bürgerarbeit“ beantwortet. Für mögliche Schnittstellenkonflikte mit Wohlfahrtsverbänden, „einfachen Dienstleistungen“, Verpflichtung von Sozialhilfeempfängern schlage ich diese verfahrenstechnische Lösung vor: Der Ausschuss für Bürgerarbeit legitimiert, autorisiert und berät den Gemeinwohlunternehmer und regelt mögliche Friktionen im kommunalen Umfeld. Entsprechend setzt sich der Ausschuss aus Vertretern des Gemeinderates und der Wohlfahrtsverbände von Freiwilligen, Kirchen, auch Unternehmen zusammen, die Patenschaften (Sozialsponsoring) für Bürgerarbeit übernommen haben.

Bürgerarbeit soll belohnt werden, nicht entlohnt. Nicht das Engagement selbst soll bezahlt werden, sondern eine Infrastruktur für den Rahmen, der es erst möglich macht. Wichtig sind daneben auch die immateriellen Belohnungen. Zum Beispiel ermöglicht Bürgerarbeit auch für die Betriebe aussagekräftige, attraktive Weiterqualifizierung für vorübergehend Arbeitslose. Aber wer in Bürgerarbeit tätig ist, verliert auch den Makel der Arbeitslosigkeit und des Sozialhilfeempfängers. Bürgerarbeit wäre eine Chance, deren soziale Situation durch Aktivwerden zu verbessern. Sie könnte ein Schritt zurück in die normale Arbeitswelt sein. Damit träfen in Bürgerarbeit Betuchte zusammen mit Herausgefallenen, Herausfallenden, die es noch einmal wissen wollen.

Anrechnung auf die Renten, Punkte im Numerus-clausus-Verfahren, nicht zuletzt öffentliche Ehrungen, die in Zeiten, wo man sich alles kaufen kann, ja wertvoller werden - die Palette der Möglichkeiten, Bürgerarbeit auszuzeichnen, ist damit sicher noch nicht erschöpft.

Doch woher sollen die zusätzlichen Gelder in Zeiten leerer Kassen kommen? Es führt kein Weg daran vorbei: Die transnationalen Konzerne, die zu „virtuellen Steuerzahlern“ geworden sind, müssen ihren Beitrag zur Demokratie der Zukunft leisten. Dieser kann wohl auf Dauer kaum darin liegen, keine Steuern zu zahlen und Arbeitsplätze in Billiglohnländer auszulagern. Warum sollen Unternehmen nicht auch finanzielle Verpflichtungen für konkrete Vorhaben der Bürgerarbeit übernehmen und auf diese Weise für sich werben? Deutschland ist ein Entwicklungsland in Sachen Sozialsponsoring. In den Vereinigten Staaten liegt der Anteil von selbsterwirtschafteten Mitteln für Sozialprojekte bei 50 Prozent, in Deutschland nur bei 28 Prozent. Wann gibt es endlich einen deutschen George Soros oder Ted Turner, der Gewinne für gemeinnützige Zwecke ausschüttet?

Auch die Kassen der Wohlfahrtsverbände können für die Finanzierung der Bürgerarbeit herangezogen werden. Wer gibt, wer erhält hier was wie warum? Die Antwort auf diese Verteilungsfragen wäre sowieso an öffentlich überprüfbare Kriterien zu binden und könnte bei dieser Gelegenheit an einem neuen Leitbild ausgerichtet werden, das organisierte Freiwilligkeit honoriert.

Ob das Modell Chancen hat? Kein Zweifel: ja. Denn es gibt einen - noch latenten - Allparteienkonsens. Alle politischen Gruppierungen versuchen die Quadratur des Kreises: Sozialkosten zu sparen, aber gleichzeitig soziale Leistungen zu verbessern. Genau dies könnte mit Bürgerarbeit gelingen. Das bürgerliche Lager gehört zu den schärfsten Kritikern der Leistungsangebote des Wohlfahrtsstaates, die unbezahlbar geworden sind. Aber viele entsinnen sich der Tradition einer aktiven Bürgerschaft, die im zivilgesellschaftlichen Konservatismus enthalten ist. Den Grünen dürfte Bürgerarbeit sowieso eine Herzensangelegenheit werden. Und die Liberalen haben immer noch einen Flügel, der örtliche Bürgerinitiativen großschreiben möchte. Selbst die Sozialdemokraten in Europa, die aus vielen Gründen am nachhaltigsten das exi-

stierende Sozialsystem verteidigen, beginnen die Innovationskraft dieser Idee zu entdecken. Eine große Koalition dafür lässt sich also sehr wohl schmieden.

Für erforderlich halte ich also eine politische Initiative, welche die Grundidee der Bürgerarbeit vermittelt. Sie soll auch helfen, die Denk-, Motive- und Identitätsblockaden zu überwinden, die in der Fixierung auf Erwerbsarbeit begründet liegen und bestehen bleiben, solange die Erwerbsarbeit alternativlos die Identifikationen bindet. Meine Hoffnung ist, dass Bürgerarbeit, eine *Vita activa* jenseits der Erwerbsarbeit, für viele wünschenswert, erfahrbar, ja verführerisch wird.

Warum eigentlich in diesem deutschen Trübsinn nicht ein wenig neubritisch schwärmen? Von oben nicht verwässert, von unten wirklich ergriffen, könnte Bürgerarbeit eines nahen Tages nicht nur den Arbeitsmarkt entlasten, sondern die Seele der Demokratie beleben.